

Integration auf drei Ebenen:

- **politische Integration**
- **wirtschaftliche Integration**
- **Wiederaufrüstung und militärische Integration**

Ziele:

Anfänglich: Einbindung der Westzonen und später der Bundesrepublik in ein System internationaler Vereinbarungen mit dem Ziel, den ehemaligen Kriegsgegner nicht aus der internationalen Kontrolle zu entlassen

späteres Ziel: spätestens seit der Währungsreform und der Berliner Blockade Begrenzung des Einflusses der Sowjetunion auf ihre eigene Besatzungszone und später auf die DDR.

Bundesrepublik

Politische Einbeziehung der Bundesrepublik in die Vertragsorganisation des Marshall-Plans

Bundesrepublik wird von einem reinen Empfängerland zum gleichberechtigten Partner in der Mitbestimmung über die ERP-Gelder (17. Mitgliedsstaat der OEEC durch Unterzeichnung des ERP-Abkommens mit den USA am 15. Dezember 1949). Grundlage: Unterzeichnung des Petersberger Abkommens, mit dem Recht, internationalen Organisationen beizutreten. Im folgenden Jahr Aufnahme der Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied in den Europarat.

Wirtschaftliche Integration: Montanunion mit der Übertragung der Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands, Frankreichs, der BeNeLux-Länder und Italiens in einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (Montan-Union) auf eine überstaatliche Behörde, (Plan des französischen Außenministers Schuman, Mai 1950). Souveränitätsverzicht der beteiligten Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens im Juli 1952 Ablösung des Ruhrstatuts, das die Montanindustrie im Ruhrgebiet unter internationale Kontrolle gestellt hatte, (Auflösung der internationalen Ruhrbehörde bis Februar 1953).

Im **militärischen Bereich** sind Wiederbewaffnung und Integration in das westliche Bündnis unabdingbar miteinander verflochten.

Voraussetzungen:

Kasernierte Volkspolizei der DDR als Richtgröße für eine eigene Schutztruppe.

Korea-Krieg zeigt die Notwendigkeit, die Bundesrepublik militärisch aufzurüsten.

Gründung der EVG scheitert 1952 an französischen Bedenken wegen eines übergroßen Souveränitätsverzichts.

Daraufhin Aufnahme der Bundesrepublik 1954 in den Brüsseler Vertrag von 1948, der damit zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert wurde: Voraussetzung zur Aufnahme in die NATO, und Basis für eine Einbindung der wiedererstehenden deutschen Armee in die Rüstungskontrollinstrumente der WEU.

DDR:

Parallele Einbindung in das Wirtschafts- und Bündnissystem der Sowjetunion.

Oberstes politisches Ziel: **Angleichung an das sowjetische Modell**

Mitgliedschaft im **”Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe”** (RGW, September 1950) zur Intensivierung der Beziehungen unter den sozialistischen Staaten und der wirtschaftlichen Festigung des Sozialismus.

Im Innern: weiterer Ausbau der **”Volkseigenen Betriebe”**, verstärkte Kollektivierung der Landwirtschaft und absolute Vorherrschaft der Partei in wirtschaftlichen Dingen (Fünfjahrplan etc.).

”Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand” (**”Warschauer Pakt”**, Mai 1955) als Gegengewicht gegen die NATO, aber auch zur Unterordnung der militärischen Strukturen der Ostblockstaaten (sowjetische Oberbefehlshaber und Berater, Ausrüstungs- und Versorgungsabhängigkeit der Mitglieder) unter den Führungsanspruch der Sowjetunion.

Ergebnis: eigenes Sicherheitsbündnis der UdSSR gegenüber der NATO

”Vereintes Kommando der Streitkräfte” mit der militärischen Integration der DDR (mit Betriebskampfgruppen und NVA, gegründet unter Einbeziehung der kasernierten Volkspolizei am 18.1.1956).